



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

JEDER FÜNFTE BERLINER BEKOMMT GELD VOM STAAT

01.12.2009 Fachinformation

Bundesweit bekommt jeder zehnte Bürger finanzielle Hilfe vom Staat, um nicht unter das Existenzminimum abzurutschen. In Berlin ist es hingegen jeder Fünfte. Damit hat die Hauptstadt den Spitzenplatz bei den Empfängern von Transferzahlungen inne. Dies geht aus dem Bericht "Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007" hervor, den das Statistische Bundesamt soeben vorgelegt hat. Zu den Transferzahlungen der sozialen Mindestsicherung zählen die Statistiker neben Hartz IV-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II) die Sozialhilfe sowie Asylbewerberleistungen und die Kriegsopterfürsorge. Für die rund 8,1 Millionen Empfänger dieser Leistungen gab der Staat im Jahr 2007 rund 42 Milliarden Euro aus. Mit rund sieben Millionen Menschen macht die Gruppe der Hartz IV-Empfänger den Großteil der Leistungsempfänger aus. Auch knapp 20 Jahre nach der Wiedervereinigung lassen sich nach wie vor große regionale Unterschiede bei der Verteilung der Bedürftigkeit erkennen: So finden sich im Ländervergleich auf den oberen sechs Rängen mit Ausnahme von Bremen ausschließlich ostdeutsche Bundesländer, während die wenigsten Transferleistungsbezieher in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu finden sind. Generell bekommen in den Stadtstaaten mehr Menschen Transferleistungen als in den Flächenländern. So liegt selbst Hamburg mit einem Anteil von 13,6 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt und dem Mittel beispielsweise in Niedersachsen. Bundesweit am höchsten fällt der Anteil der Transferleistungsbezieher hingegen mit fast 20 Prozent in Berlin aus. Brandenburg liegt mit einem Anteil von 14,0 Prozent auf Rang fünf. "Grund für die hohe Zahl der Leistungsbezieher in Berlin ist die hohe Arbeitslosigkeit", analysierte Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in der Berliner Zeitung. Während im Ostteil der Stadt nach der Wende die Wirtschaft zusammengebrochen sei, seien im Westteil viele subventionierte Arbeitsplätze abgebaut worden. Ein ausgeprägter Dienstleistungssektor fehle der Stadt, sodass es nach wie vor zu wenige Stellen gäbe. Hingegen sieht die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auch im wachsenden Niedriglohnsektor eine Ursache: Immer mehr Menschen würden mit ihrer Arbeit so wenig verdienen, dass sie ergänzend aufstockende Sozialleistungen beantragen müssten.

<https://bbu.de/beitraege/jeder-fuenfte-berliner-bekommt-geld-vom-staat>